

Mitteilung

Rahmenvereinbarung über Grundsätze für eine angemessene Beteiligung der Kommunen am Kostenaufwand kirchlicher Friedhofsträger

Vom 18. Dezember 2000 (ABl. 2001 S. A 29)

Auf der Grundlage von § 4 Abs. 2 Sächsisches Bestattungsgesetz (Sächs-BestG) vom 08.07.1994, SächsGVBl. S. 1321, geändert durch Artikel 2 Gesetz zur Vereinfachung des Baurechts im Freistaat Sachsen vom 18.03.1999, SächsGVBl. S. 85, wird

zwischen der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens,
vertreten durch das Landeskirchenamt,
vertreten durch den Präsidenten,
Herrn Hans-Dieter Hofmann

und dem Sächsischen Städte- und Gemeindetag e. V.,
vertreten durch den Geschäftsführer,
Herrn Mischa Woitscheck

folgende Rahmenvereinbarung abgeschlossen:

§ 1

Rechtsgrundlage

Gemäß § 4 Abs. 2 Sächsisches Bestattungsgesetz (SächsBestG) haben sich die Kommunen am Kostenaufwand kirchlicher Träger, die in ihrem Einzugsbereich einen der Allgemeinheit dienenden Friedhof unterhalten, angemessen zu beteiligen, soweit die Kosten nachweislich nicht aus den für den Nutzer zumutbaren Gebühren gedeckt werden können.

4.13.1.1 VE Kommunalbeteiligung Friedhofskosten

§ 2

Grundsätze

Den Städten und Gemeinden und den jeweiligen kirchlichen Friedhofsträgern wird empfohlen, miteinander im Bedarfsfall schriftliche Vereinbarungen über Art und Umfang der Beteiligung an den Kosten für die Unterhaltung der kirchlichen Friedhöfe nach folgenden Grundsätzen abzuschließen:

1) Die Kostenbeteiligung der Kommunen erfolgt durch Sachleistungen und/oder durch Bereitstellung finanzieller Mittel in einem Gesamtvumfang von ... [EURO]/Jahr.

Sachleistungen können insbesondere sein:

- bauliche Sanierung oder Errichtung notwendiger neuer Friedhofsbauten,
- Durchführung des Winterdienstes,
- Geräteverleih,
- Fahrdienste,
- Abfallentsorgung,
- Bau-, Erhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten durch gemeindliche Einrichtungen (z. B. Bauhof) beispielsweise an Gehwegen, Treppen, Mauern, Bänken und Wasserleitungen,
- Grün- und Gehölzpflegearbeiten auf Friedhöfen,
- Gehölznachpflanzungen.

Finanzielle Zuschüsse sollen insbesondere gewährt werden zur Beteiligung an:

Sachkosten für ... (Vorhaben benennen) in Höhe von ... [EURO]/Jahr,

Energie- und Betriebskosten in Höhe von ... [EURO]/Jahr,

Abwassergebühren in Höhe von ... [EURO]/Jahr,

Lohnkostenanteilen für Friedhofsarbeiter im Friedhofsunterhaltungsbereich in Höhe von ... [EURO]/Jahr.

2) In den Vereinbarungen zwischen den Kommunen und den kirchlichen Friedhofsträgern sind Art und Umfang der für jedes Jahr zu erbringenden Leistungen konkret zu bestimmen. Die vereinbarten Leistungen sind Bestandteile der jährlichen Haushaltspläne der Kommunen.

3) Die Vereinbarungen sollen für einen mehrjährigen Zeitraum, höchstens jedoch für fünf Jahre abgeschlossen werden. In ihnen soll festgelegt werden,

VE Kommunalbeteiligung Friedhofskosten 4.13.1.1

dass sich die Vereinbarung jeweils automatisch um ein Jahr verlängert, wenn sie nicht von einem der Vertragspartner fristgemäß gekündigt wird.

4) Die Vereinbarungen sollen zum 31.12. des nächstfolgenden Kalenderjahres kündbar sein. Die Kündigungen müssen schriftlich erfolgen und sollen jeweils nur unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten (bis zum 30.09.) zum Jahresende zulässig sein. Das Recht zur außerordentlichen Kündigung bei Vorliegen eines wichtigen Grundes bleibt unberührt.

5) Ändern sich die der Vereinbarung zu Grunde liegenden Verhältnisse während der Geltungsdauer grundlegend, sind zwischen den Vertragspartnern Verhandlungen mit dem Ziel aufzunehmen, die Vereinbarung an die veränderten Bedingungen anzupassen.

6) Die kirchlichen Friedhofsträger sind auf Verlangen der Kommunen verpflichtet, die Verwendungsnachweise für geleistete Zuschüsse vorzulegen und ihnen Auskünfte über die wirtschaftliche Situation des Friedhofes zu erteilen. Die kirchlichen Friedhofsträger haben Anspruch auf Auskunft über die in den Haushalt der Kommune eingestellten Mittel für die Kostenbeteiligung an der Erhaltung und Unterhaltung des kirchlichen Friedhofes.

§ 3

Bekanntmachung und Empfehlung

Die Vertragsschließenden verpflichten sich, diese Rahmenvereinbarung öffentlich bekannt zu machen und sie den Kommunen und kirchlichen Friedhofsträgern zur Anwendung zu empfehlen. Die Bekanntmachung erfolgt in den „SSG-Mitteilungen“ des Sächsischen Städte- und Gemeindetages und im Amtsblatt der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens.

Dresden, den 18. Dezember 2000

Sächsischer
Städte- und Gemeindetag e. V.

Micha Woitscheck
Geschäftsführer

Evangelisch-Lutherisches
Landeskirchenamt Sachsens

Hans-Dieter Hofmann
Präsident